klar erwiesen. Am Sonntag nachmittag fanden in Kattowitz mehrere Konzerte sowie Umzüge mit polnischen Fahnen statt. Die Umzüge wurden von Hallersoldaten in Uniform begleitet. Auf der Straße Zalenze—Marthahütte marschierten ebenfalls mehrere Züge, in denen man fast ausnahmslos junge bewaffnete Burschen sah, die fortgesetzt „Hoch lebe Polen" und andere Rufe ertönen ließen. Französische Soldaten sorgten für Ruhe und Ordnung, als die Umzüge die äußersten Straßen der Stadt passierten. Hindenburg ist in den Händen der Aufständischen. Patrouillen durchziehen die Straßen der Stadt und nehmen zahlreiche Haussuchungen vor.

Briand für die Polen.

Auf die deutsche Note über Oberschlesien hat der französische Ministerpräsident eine Antwort gegeben, in der zunächst Deutschland die Schuld an dem Aufstand gegeben wird, da die falsche Meldung von der Verteilung Oberschlesiens Deutschland zur Last gelegt wird. Bekanntlich wurde die Nachricht in Wirklichkeit zuerst von der Korfantyschen „Oberschlesischen Grenzzeitung" gebracht. An diese also absolut unrichtige Behauptung Briands knüpft sich die Ablehnung jeder deutschen Hilfe zur Befreiung des betroffenen deutschen Gebiets von den polnischen Banden. In dem französischen Schreiben heißt es:

Sie fragten an, ob die interalliierten Besatzungstruppen imstande seien, die Ordnung wiederherzustellen und brachten mir zur Kenntnis, daß die deutsche Regierung bereit sei, jede verlangte Hilfe zu leisten. Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß die übermittelten Meldungen aus deutscher Quelle in tendenziöser Weise die im übrigen bedauerlichen Vorgänge darstellen, die sich in einem Teil des oberschlesischen Abstimmungsgebiets zugetragen haben. Der Grund der Unruhe ist ohne Zweifel zu sehen in den aus deutscher (?) Quelle veröffentlichten Nachrichten, die unzutreffenderweise meldeten, daß die Alliierten sich entschieden hätten, den größten Teil des Industrie- und Bergwerksgebiets Deutschland zuzuteilen. Diese falsche Meldung hat den Aufstand der Insurgenten entfesselt. Die Interalliierte Kommission hat an Ort und Stelle die notwendigen Rekrutierungsmaßnahmen angeordnet, um die Lücken wieder auszufüllen, die in der Polizei durch den Abgang polnischer Elemente entstanden sind. Sie hat dadurch der Bevölkerung die Beruhigung verschafft, die sie wünschte. Von irgendeiner der Interalliierten Kommission für Oberschlesien von außerhalb zu leistenden Hilfe kann nicht die Rede sein.

Bei der von allen Seiten anerkannten und über jeden Zweifel erhabenen Schuldlosigkeit des deutschen Elements an der Entfesselung des jetzigen Brandes bedeutet die Antwort Briands nichts anderes als offene Parteinahme für die polnischen Aufrührer.

Das verbrecherische Treiben Korfantys.

Das Plebiszitkommissariat für Deutschland, die Deutschnationale Volkspartei, die Katholische Volkspartei (Zentrum), die Deutsche Demokratische Partei, die Sozialdemokratische Partei, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Deutsche Gewerkschaftsring haben ein Telegramm an Lloyd George, Briand, Giolitti, Präsident Harding, Lord Curzon und Graf Sforza gesandt, in dem es u. a. heißt: Mit unerhörter Dreistigkeit hat es der bisherige polnische Plebiszitkommissar Korfanty gewagt, den Vertretern der Westmächte eine der Wahrheit ins Gesicht schlagende Darstellung der Entstehung des Polenputsches in Oberschlesien zu unterbreiten. In Oberschlesien hat weder ein Pole noch ein Deutscher auch nur den leisesten Zweifel daran, daß Korfanty die Seele dieses verbrecherischen Unternehmens und einzig und allein für das furchtbare Unglück verantwortlich ist, das er über unsere Heimat bringt.

Korfanty.

Der Putsch war bis in die kleinste Einzelheit vorbereitet. Die Pläne waren der Interalliierten und Plebiszit-Kommission vorher bekannt.

Korfanty selbst sagte in einer Unterredung mit dem Vertreter des „Newyork Herald", zur Bezahlung der Bergarbeiter plane er die Ausgabe von Bonds, die von der Arbeitgebervereinigung gegenzuzeichnen seien und als Umlaufmittel dienen sollten. Sollte dieser Plan mißlingen, so werde er **alles Geld der Banken**, die sich in den Händen der Insurgenten befänden, **beschlagnahmen**. Diese Banken würden wahrscheinlich genügend Barmittel enthalten, um 80 Prozent der Lohnlisten am 15. Mai auszuzahlen. Wie man sieht, gedenkt Korfanty immer mehr in die Bahnen seines Wegweisers Hölz, der in Sachsen auch Bank- und anderes Geld mit Vorliebe beschlagnahmte, einzukenken.

Graf Mielczynski Anführer der Polen.

Warschauer Blätter lüften jetzt das Inkognito des unter dem Namen Doliwa auftretenden **militärischen Anführers des oberschlesischen Polenaufstandes**. Doliwa ist danach niemand anderes als das **frühere Mitglied des Deutschen Reichstages, Graf Matthias Mielczynski.**

Mielczynski ist vor dem Kriege besonders durch den Mordprozeß bekannt geworden, der gegen ihn geführt wurde, weil er seine Frau, eine geborene Gräfin Potoßka, und seinen Neffen, von denen er sich betrogen sah, erschossen hatte. Mielczynski ist damals freigesprochen worden. Im alten Reichstage gehörte Mielczynski, der den Wahlkreis Samter-Birnbaum vertrat, dem konservativen Flügel der Polenfraktion an.

*

Deutscher Protest in Warschau.

Der deutsche Geschäftsträger in Warschau hat der polnischen Regierung eine Note überreicht, in der er gegen die Solidaritätserklärung polnischer Beamter mit den Aufständischen, gegen das Abwerfen polnischen Propagandamaterials und gegen das Verhalten der Warschauer Polizei bei der Napoleonfeier protestiert. (Die Warschauer Polizeiorgane haben die Ausschmückung eines Balkons gestattet, die in ihrer Form eine schwere Beleidigung des Deutschen Reiches darstellte.)

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Wieder eine Stinnes-Legende.

Zeitungsnachrichten zufolge soll der Abg. Dr. Stresemann zusammen mit der Stinnes-Gruppe sich für die Unterzeichnung des Ultimatums ausgesprochen haben. Diese Nachricht ist, wie man jetzt von maßgebender Stelle erfährt, erfunden.

Freie Verfügung über Neubauten.

Von einer unterrichteten Berliner Stelle wird versichert, daß Wohnungen in Neubauten, gleichviel ob diese mit oder ohne Unterstützung eines Reichs- oder Landesdarlehns errichtet werden, der Beschlagnahme nicht unterliegen. Auch besteht zurzeit kein Anlaß, die Errichtung von Luxusbauten zu verbieten, da der Bedarf an Baustoffen für den gemeinnützigen Wohnungsbau als sichergestellt betrachtet werden darf.

Deutsch-Österreich.

× **Eine kommunistische Schandtat.** In einer von der Christlichsozialen Partei nach Sankt Lorenzen bei Kapfenberg in Steiermark einberufenen Wählerversammlung, in welcher der Landeshauptmann von Steiermark, Professor Dr. Rintelen, und Landesrat Priesching sprechen sollten, kam es zu schweren Ausschreitungen. Im Saale waren in großer Anzahl Kommunisten erschienen, die auf den Tisch, an welchem der Landeshauptmann saß, eindrangen. Schließlich stürzten sie den Landeshauptmann vom ersten Stockwerk auf die Straße. Der Landeshauptmann konnte sich trotz der erlittenen Verletzungen wieder erheben, doch die Menge lief ihm nach und schlug ihn zu Boden. Er wurde schwer verletzt und bewußtlos im Automobil nach Graz gebracht. Auch Landesrat Priesching wurde von den Kommunisten mißhandelt.

Frankreich.

× **Blutiger Zusammenstoß mit Kommunisten.** Anläßlich der kommunistischen Kundgebungen gegen den Krieg ist es auf dem Rückwege nach Paris zu Zusammenstößen mit der republikanischen Garde gekommen. Nach dem „Petit Parisien" wurden zehn Polizisten und Gardisten verwundet. Es sei mit Revolvern geschossen und gegen die Polizisten mit Steinen geworfen worden. Es wurden zwanzig Verhaftungen vorgenommen, jedoch sind nur drei Personen in Haft behalten worden. „Populaire" spricht von über 50 Verwundeten.

Belgien.

× **Seltsame Sozialisten.** Ein sozialistischer Minister erklärte, daß er und seine sozialistischen Kollegen auch gegen die Besetzung Frankfurts gestimmt hätten, daß sie aber trotzdem nicht zurückgetreten wären, weil gewisse Fragen der inneren Politik ihr Verbleiben erforderlich gemacht hätten. Bekanntlich hat sich die belgische Sozialdemokratie mit großer Mehrheit auch gegen die Besetzung des Ruhrgebietes ausgesprochen.

Großbritannien.

× **Schwere Unruhen in Palästina.** Nach einer Meldung aus Jaffa sind dort der englische Kreuzer Kalypso und drei weitere englische Schiffe zur Verstärkung eingetroffen. Es wurde das Standrecht verhängt. Man meldet von einer großen Erregung in Naplus. Dort seien Juden getötet worden. In der Gegend von Naleabos und Essabieh (Es-Saftje ?) sollen die Kämpfe fortdauern. Die Zahl der Getöteten und Verwundeten wird mit 350 angegeben.

Rußland.

× **Sinowjew tritt zurück.** Der russische Volkskommissar Sinowjew gab seine Demission, weil er die neue revolutionäre Politik Lenins nicht billige. Gleichzeitig mit ihm demissionierten auch die Kommissare Zorine und Evdokimow sowie alle Mitglieder der „Tscheka". — Wegen Überbürdung der Eisenbahnen dürfen auf Anordnung der Sowjetregierung die unbefristet in ihre Heimat beurlaubten Angehörigen der Roten Armee die Eisenbahnen nicht benutzen, sondern müssen sich auf den Landstraßen in ihre Heimat begeben.

Amerika.

× **Vertagung des Friedens mit Deutschland.** Aus Washington wird gemeldet, daß jetzt, da die Vereinigten Staaten angenommen haben, sich inoffiziell im Obersten Rat, in der Reparationskommission und im Botschafterrat vertreten zu lassen, die Führer des Repräsentantenhauses anregen, die Resolution des Senators Knox, die den Kriegszustand mit Deutschland für beendet erklärt, solange zurückzustellen, bis die größeren Probleme, die aus dem Kriege hervorgegangen sind, geklärt sind. Die Führer des Repräsentantenhauses erklären, daß diese Haltung die Zustimmung der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten finde, und, wie einige behaupten, auch die Zustimmung des Präsidenten Harding.

Aus In- und Ausland.

München. Wie verlautet, ist die Generalversammlung des Berner Internationalen Friedensbüros, die Pfingstsonntag und Pfingstmontag in Basel stattfinden sollte, offenbar wegen der ungeklärten politischen Lage auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

Wien. Das plötzliche Ausbleiben der Kohlenzufuhren aus Oberschlesien infolge der politischen Vorgänge nötigt die österreichische Staatsbahnverwaltung, den gesamten Schnellzugs- und Personenverkehr wesentlich und den Güterverkehr auf das unumgänglich notwendige Maß zu beschränken.

Die Entstehung des Weltkrieges.

Eine österreichische Stimme.

Das Mitglied des österreichischen Nationalrates, der frühere Staatssekretär Dr. Mataja beschäftigt sich in einer kleinen Schrift mit der Entstehung des Weltkrieges. Nach einem kurzen übersichtlichen Rückblick auf die große Politik des 19. Jahrhunderts kommt er auf die Geschehnisse kurz vor Ausbruch des Krieges zu sprechen und sagt zu der Ermordung des österreichischen Thronfolgers durch die Serben folgendes:

„Blieb dieses Verbrechen ungesühnt, folgte ihm nicht vollwichtige Strafe der wirklich Schuldigen auf dem Fuß, dann war Rußland Herr auf dem Balkan, Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken. Darüber hinaus waren alle Schranken der Angriffe gegen die Integrität Österreich-Ungarns niedergerissen und die schlimmsten Konsequenzen im Innern der Monarchie zu gewärtigen. Ebenso konnte in der Weltaufteilung mit Ausschluß Deutschlands ein vehementes Veto angeschlagen werden. Umgekehrt: Duldete Rußland angemessene Maßregeln gegen Serbien, so verlor es als treuloser oder ohnmächtiger Mitschuldiger jeden Einfluß auf dem Balkan und die Führung fiel an die Mittelmächte. Dies konnte weder Frankreich noch England zulassen, abgesehen davon, daß ganz Frankreich mit wenigen Ausnahmen in der österreichisch-ungarischen Note vom 23. Juli 1914 eine durch Deutschlands Einfluß bewirkte gewalttätige Expansivaktion, eine schwere Bedrohung des Gleichgewichtes und eine Bestätigung der von den Mittelmächten drohenden Gefahr erblickte. Nun war endlich, was Rußland herbeiwünschte, die Machtfrage zwischen den Mittelmächten und der Entente in einer Form aufgerollt, die keiner Gruppe und keinem Staat einen Mittelweg offen ließ. Die russisch-serbische Politik hatte durch einen Handstreich den Sieg über die englische davongetragen."

Sächsische und lokale Mitteilungen.

Naunhof, den 10. Mai 1921.

Merkblatt für den 11. Mai.

Sonnenaufgang	4^{18}	Mondaufgang	7^{27} V.
Sonnenuntergang	7^{40}	Monduntergang	11^{18} N.

1858 Dichter Karl Hauptmann geb. — 1871 Englischer Astronom Sir John Herschel gest. — 1878 Attentat Hödels auf Kaiser Wilhelm I. — 1916 Komponist Max Reger gest.

□ **Erhöhung der Nachfragegebühren bei der Post.** Für alle umfangreichen Nachforschungen im Post-, Telegraphen- und Fernsprechbetrieb werden, sofern die Nachfragen nicht von der Post- und Telegraphenverwaltung verschuldet sind, Kosten erhoben, die mit 5 M. für die Arbeitsstunde berechnet wurden. Wie das Reichspostministerium mitteilt, werden infolge der seit der letzten Regelung eingetretenen Besoldungserhöhungen die Selbstkosten der Postverwaltung bei Anstellung umfangreicher Nachforschungen mit diesem Betrage nicht mehr gedeckt. Vom 1. Juni an werden daher Leistungen bis zur Dauer einer Stunde mit 8 Mark berechnet; darüber hinaus ist für jede volle oder angefangene Viertelstunde der Betrag von 2 Mark zu entrichten.

□ **Zur Wiederausreise der Auslandsdeutschen** will die „Vereinigte Fürsorge für das Auslanddeutschtum" durch Gewährung von Reiseunterstützungen und von Vorschüssen helfen. Die Organisation ist von allen früheren Interessengemeinschaften der Auslanddeutschen und den großen Fürsorgeorganisationen begründet als Nachfolgerin der „Rückwandererhilfe", Berlin W., Kleiststr. 43.

— **Naunhof.** Eins unserer angesehensten Etablissements, der Rothenburger Erker, ladet für morgen Mittwoch zu einer offiziellen Eröffnungsfeier ein. Wer in letzter Zeit diese Gaststätte besucht hat, dem wird die vornehme Aufmachung aufgefallen sein. Der neue Besitzer Herr Werner hat es verstanden, unserer Stadt einen wirklich angenehmen Aufenthalt zu schaffen, einen Anziehungspunkt nicht nur für uns Einheimische, sondern auch für die Fremden. Möge der Unternehmer Freude finden an seinem Werk. Wir verweisen auf die Einladung im Inseratenteil.

A. Nach einer Verordnung der Reichsrückliefernngskommission sind aus Anlaß des Friedensvertrags Gegenstände aller Art, insbesondere Tiere, Maschinen, Maschinenteile, industrielle und landwirtschaftliche Geräte, Zubehörteile dieser Geräte, ruhendes Eisenbahnmaterial, Flußschiffahrtsmaterial, Transportmaterial, Rohstoffe, Möbel und sonstige Einrichtungsgegenstände, Teppiche, (Gobelins), Kunstgegenstände, Silberzeug, Gemälde, Schmuck, Bücher, Dokumente, Korrespondenzen, Wertpapiere usw., die in den von den Truppen der Zentralmächte besetzt gewesenen Gebieten Frankreichs, Belgiens, Polens, Rumäniens, Serbiens und Italiens während der Besetzung den Berechtigten durch behördlichen Zwang entzogen oder rechtswidrig fortgenommen oder gefunden worden und die nach Deutschland verbracht worden sind, vom Inhaber bis zum 1. Juni 1921 bei der Amtshauptmannschaft Grimma anzumelden. Zur Meldung verpflichtet sich ferner, wer derartige Gegenstände inne gehabt und sie anderen überlassen, zerstört oder ins Ausland gebracht hat. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu 1 Jahre und mit Geld bestraft.

† Nach der vorläufigen Neuaufstellung des Ortsklassenverzeichnisses sind in der Amtshauptmannschaft Grimma eingereiht worden:

Beucha	in Ortskl.	D	Naunhof	in Ortskl.	D
Borsdorf	„ „	C	Nerchau	„ „	D
Brandis	„ „	D	Trebsen	„ „	D
Colditz	„ „	D	Wurzen	„ „	C
Grimma	„ „	C	Zschadraß	„ „	D
Großbothen	„ „	D			

† Neue Bestimmungen für Zeitkarten im Eisenbahnverkehr. Ab 1. Juni d. J. treten für die Ausgabe der Monats-, Wochen- und Schülerkarten, die bisher bei den einzelnen Eisenbahnen verschiedentlich behandelt wurden, neue, einheitliche Vorschriften für das gesamte Gebiet der Reichseisenbahnen in Kraft. Es fallen hiernach die Monatskarten 1. Klasse, die Ferien-Monatskarten, die Schülerkarten für bestimmte Tage, die Schülernebenkarten für nur eine Richtung weg. Die Preise für sämtliche Zeitkarten werden wesentlich erhöht. Die Monatskarten 2., 3. und 4. Klasse kosten das 20-fache des unabgerundeten, einfachen Fahrpreises, der Preis der Wochenkarten 4. Klasse, die auch künftig an jedermann auf Entfernungen bis 50 Kilometer ausgegeben werden, beträgt nunmehr $^{1}/_{5}$ des Monatskartenpreises, so daß für regelmäßig fahrende Benutzer die Entnahme von Monatskarten wirtschaftlicher ist. Für Schüler und Studierende aller Art werden künftig nur noch Schülermonatskarten 2., 3. und 4. Klasse zum halben Preise der gewöhnl. Monatskarte ausgegeben, die zur beliebigen Fahrt (auch an Sonntagen) innerhalb eines Monats gelten. Die Schülermonatskarten werden auch an Personen unter 20 Jahren, denen Unterricht in einzelnen Fächern erteilt wird, und an weibliche Personen unter 20 Jahren ausgegeben, die regelmäßigen Unterricht zur Erlernung häuslicher und Handarbeiten besuchen und keinen Lohn erhalten. An Personen in selbständiger Lebensstellung werden Schülermonatskarten nicht ausgegeben.

— Waldbrände sind in letzter Zeit aus allen Teilen des Reiches gemeldet worden. Hauptsächlich kommen zwei Ursachen von Waldbränden in Betracht: Der Funkenflug aus Eisenbahnlokomotiven und die Gedankenlosigkeit und Ge-